

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 75. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003

#### Tagesordnungspunkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: **Jahresbericht 2002 (44. Bericht)** (Drucksachen 15/500, 15/1837)

.....  
6506

#### Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile der Abgeordneten Petra Pau das Wort.

#### Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Bericht des Wehrbeauftragten. Wir debattieren heute nicht über die Militärstrategie der Bundesrepublik und nicht über die Versuche der Bundesregierung, in diesem Zusammenhang geltendes Recht zu unterlaufen. Ich stelle das trotzdem voran; denn nach geltendem Recht ist der Einsatz von deutschen Krisenunterstützungskräften im Irak rechtswidrig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Es ist sittenwidrig, wenn ein General der Bundeswehr bei antisemitischen Ausfällen von Amts wegen salutiert.

Damit bin ich bei einem zentralen Punkt. Bundesverteidigungsminister Struck hat den **KSK-Chef Günzel** suspendiert, nachdem dessen rechtsextremistisches Gedankengut Schlagzeilen gemacht hatte.

(Ulrike Merten [SPD]: Vorher konnte er ja nicht!)

Herr Verteidigungsminister, Sie haben prompt gehandelt, allemal schneller als die CDU/CSU im Fall Hohmann. Das respektiere ich.

Mich irritiert in diesem Zusammenhang etwas anderes. Sie haben Ex-General Günzel beschrieben als einen untypischen Einzelgänger, der den Irrsinn eines Irren wirt kommentiert habe. Mit dieser Begründung haben Sie sich zwischen Günzel und das eigentliche Problem gestellt. Ich habe Sie für weitsichtiger gehalten.

Wenn Ihre These zutrifft, wonach die Bundeswehr ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, dann haben wir es auch mit der Tatsache zu tun, dass in eben dieser Gesellschaft 20 Prozent der Menschen für rechtsextremistisches und antisemitisches Gedankengut anfällig sind. Das ist der gesellschaftliche Befund. Deshalb meine ich: Wenn Günzel hier zum Einzeltäter erklärt wird, dann verdrängen wir. Genau das sollte weder Rot-Grün noch der Bundestag insgesamt tun.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Noch immer tragen **Kasernen** die Namen von Wehrmachtsgenerälen. Der Wehrbeauftragte hat von der Anziehungskraft gesprochen, die teilweise Waffen, Rituale und andere Dinge auf junge, rechtsextremem Gedankengut nahe stehende Soldaten ausüben. Noch immer pflegen Einheiten der Bundeswehr enge Kontakte zu Traditionsvereinen der Wehrmacht. Genau dieses Erbe holt Rot-Grün nun auch mit der CDU-Affäre Hohmann ein.

(Ulrike Merten [SPD]: Sehr weit hergeholt!)

Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wollten dieses Erbe nie annehmen, aber Sie haben es auch nach 1998, also seitdem Sie Verantwortung tragen, nicht ausgeschlagen; so haben Sie zum Beispiel keine Namen von Kasernen geändert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Minister hat sofort gehandelt!)

Deshalb finde ich: Das schlichte Gebot im Bericht des Bundeswehrbeauftragten – Rechtsextremismus darf nirgendwo eine Heimstatt finden – muss allgemeiner Auftrag bleiben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Linksextremismus auch nicht!)

Da sollten wir auch bei diesen symbolischen Dingen beginnen.

Schließlich will ich aus dem Bericht des Wehrbeauftragten kurz ein drittes Problem aufgreifen, welches hier heute schon eine Rolle spielte, nämlich die Tatsache, dass **Ostdeutsche** im Jahr 13 der Einheit noch immer benachteiligt werden, auch in der Bundeswehr, selbst im Kriegseinsatz. Das beginnt beim abgesenkten Sold und endet längst nicht bei niedrigeren Renten. Sie wissen, dass die PDS kein Freund von Militäreinsätzen ist und in dem Fall auch nicht die Existenz der Bundeswehr verteidigt. Hierbei geht es aber um soziales Unrecht; dagegen sind wir. Bei der Beseitigung dieses Unrechts findet der Wehrbeauftragte auch bei uns Verbündete.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])